

KOMMUNALES MONITORING

Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo)

Eberspach K., Bitschnau S.



Befunde zu Anfeindungen in der
Kommunalpolitik und präventive
Handlungsperspektiven

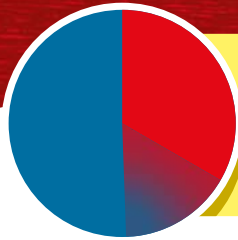
Eine Zwischenbilanz der
ersten Projektphase

Stand: März 2026

Kommunales Monitoring

Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo)

Kernergebnisse der ersten Projektphase 2021 – 2024*



Je nach Erhebungszeitpunkt war etwa **EIN DRITTEL BIS NAHEZU DIE HÄLFTE** der kommunalpolitischen Amtspersonen im Zeitraum von Mai 2021 bis Oktober 2024 betroffen.

72–79% verbale/schriftliche
Anfeindungen

19–26% Hasspostings

1–3% tätliche
Übergriffe

Oft wiederholt mit **Ø 1–2 Vorfällen pro Monat**.



Hauptmotive der Anfeindungen sind persönliche **Enttäuschung und Frustration** (75–85 %), während politische und religiöse Motive eine untergeordnete Rolle spielen (15–25 %).



Anfeindungen belasten die Betroffenen persönlich und haben Auswirkungen auf unser **demokratisches Miteinander**.

- **81–83 %** der Betroffenen berichten über **psychische und physische Belastungen** wie Rufschädigung, depressive Verstimmung, Schlafstörungen und psychosomatische Beschwerden.
- **64 %** der Befragten gaben an, ihr **Verhalten** im (Amts-) Alltag aufgrund der Anfeindungen geändert zu haben.
- **7–10 %** ziehen eine **Amtsniederlegung** oder den Verzicht auf eine erneute Kandidatur in Erwägung.

Überwiegend in Form von **Beleidigung, Verleumdung/üble Nachrede und Bedrohung**.



Auch **Familienangehörige**, besonders von Frauen, sind betroffen (6–9 %).

42% der **Mitarbeitenden in der Verwaltung** waren betroffen.



Hass, Hetze und Gewalt sind keine Einzelfälle, sondern für viele **Realität des Amtsalltags**.

Vorfälle werden häufig **nicht zur Anzeige** gebracht.

22–28 % der Betroffenen **ignorieren** die Vorfälle.

15–19 % suchen den **Dialog** mit den Tatverdächtigen.

14–18 % suchen **Unterstützung** bei Familie und Freunden.

11–14 % bringen den Vorfall zur **Anzeige**.



3 Risikogruppen lassen sich identifizieren

Frauen

- hohes Bedrohungs- und Unsicherheitsempfinden
- häufig Anfeindungen im digitalen Raum im Rahmen sexueller Belästigung/Diskriminierung
- Familienangehörige sind häufiger betroffen

Ehrenamtlich Tätige

- hohes Bedrohungs- und Unsicherheitsempfinden
- berichten von hoher subjektiver Belastung
- eher bereit das Mandat aufgrund der Anfeindungen niederzulegen

Ostdeutsche Kommunen

- Hohe Betroffenheit
- Zunehmende Wahrnehmung politischer Polarisierung in der Kommune



DEMOKRATIE IST NICHT SELBSTVERSTÄNDLICH.

Sie muss immer wieder gestaltet und verteidigt werden, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Einen wichtigen Beitrag dazu leisten die vielen engagierten Menschen, die sich ehren- oder hauptamtlich in der Kommunalpolitik für ihre Gemeinden einsetzen.

* Die Prozentangaben zeigen jeweils den niedrigsten und höchsten Wert aus allen sieben Erhebungswellen (Referenzzeitraum: Mai 2021 bis Oktober 2024).

Kontakt: kommunalmonitor@bka.bund.de

Gefördert durch:

Einleitung & Danksagung

Die erste Phase des Forschungsprojekts „Kommunales Monitorings zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern“ (KoMo) im Rahmen des Verbundprojektes MOTRA ist mit Abschluss der Herbstbefragung 2024 zu Ende gegangen.

Seit Beginn der ersten Befragung im Herbst 2021 wurde die Zielgruppe der ehren- und hauptamtlich tätigen (Ober-)Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte in den rund 11.000 Kommunen Deutschlands in halbjährlichen Erhebungen zu ihren Erfahrungen mit Hass, Hetze und Gewalt im Amtsalltag befragt – ein Phänomen, das national und international zunehmend eine Herausforderung für Amts- und Mandatstragende sowie demokratische Strukturen darstellt. Insgesamt konnten sieben Befragungswellen erfolgreich umgesetzt werden, die ein umfassendes Bild von den Formen, Hintergründen und Folgen dieser Anfeindungen und Übergriffe zeichnen.

Die aus den Befragungen gewonnenen Ergebnisse sind jedoch nur dann von alltagspraktischem Nutzen für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sowie demokratische Gesellschaften, wenn sie nicht nur dokumentiert, sondern auch kritisch reflektiert und eingeordnet werden. Nur durch konkrete, darauf basierende Präventionsmaßnahmen lassen sich die Erkenntnisse in wirksame Handlungsempfehlungen umsetzen. Vor diesem Hintergrund wird mit diesem Abschlussbericht eine Zwischenbilanz zur ersten KoMo-Projektphase gezogen. In diesem Rahmen werden die Schlüsselergebnisse der ersten Projektphase zusammengefasst und mögliche Präventionsmaßnahmen abgeleitet, die auf den gesammelten Befragungsergebnissen

basieren. Zudem gibt der Bericht einen Ausblick auf die nächsten Schritte und die Weiterführung von KoMo innerhalb von MOTRA II.

Der Erfolg dieses Projekts sowie die gewonnenen Ergebnisse wären jedoch ohne die Unterstützung zahlreicher Akteure nicht möglich gewesen. Ein besonderer Dank gilt allen voran den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Befragungen, deren Vertrauen, unermüdliche Teilnahmebereitschaft und Offenheit bei der Beantwortung der Fragen die Grundlage dieser Untersuchung bildeten. Ohne ihre Unterstützung und ihren Mut, persönliche Erfahrungen zu teilen, wäre die Durchführung dieses Projekts nicht möglich gewesen. Darüber hinaus gilt ein großer Dank den kommunalen Spitzenverbänden (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund), die uns durch ihre großartige Unterstützung als „Sprachrohr“ für und in die Kommunen für alle Fragen und Belange zur Seite stehen. Zudem möchten wir uns auch bei den entsprechenden Kolleginnen und Kollegen des BMI (Bundesministerium des Innern) bedanken, die mit ihrer Expertise und ihrem Engagement wesentlich zum Erfolg der ersten Phase beigetragen haben. Ihre wertvolle Zusammenarbeit ist entscheidend für die präzise Umsetzung der Befragungen und die erfolgreiche Kommunikation der Ergebnisse in politische und präventionspraktische Kontexte. Zu guter Letzt bedanken wir uns auch bei den Kolleginnen und Kollegen des Bundeskriminalamts. Das BKA bietet uns für unsere Forschungsarbeit einen sicheren und unterstützenden Rahmen, ohne den das Projekt nicht denkbar wäre.

Warum es ein 'Kommunales Monitoring' braucht

Dass Politikerinnen und Politiker auf allen Ebenen – von der Kommunal- über die Landes- bis zur Bundesebene – angefeindet und bedroht werden, ist kein neues Phänomen. Allerdings zeigt sich mit Blick auf das Hellfeld des Straftatengeschehens gegen Amts- und Mandatsträgerinnen in Deutschland eine besorgniserregende Zunahme entsprechender Straftaten. Zwischen den Jahren 2019 und 2021 hat sich das polizeilich registrierte Straftatenaufkommen mehr als verdreifacht: Straftaten gegen Amtsträger stiegen von 1.076 auf 3.690 (+243%) und Straftaten gegen Mandatsträger von 818 auf 2.501 (+206%) (Bundesministerium des Innern & Bundeskriminalamt, 2021, 2022). Der rechtsextremistisch motivierte Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke im Juni 2019 markiert einen erschütternden Höhepunkt solcher Angriffe.

Zunächst stellt sich die zentrale Frage, warum insbesondere Politikerinnen und Politiker verstärkt von Hass, Hetze und Gewalt betroffen sind. Politisch Engagierte sind Menschen in Machtpositionen und ziehen aufgrund ihres öffentlichen Profils im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung mehr unangemessene, aufdringliche und aggressive Aufmerksamkeit auf sich (Blätte et al., 2022; James et al., 2016; Mullen et al., 2009). Als politische Entscheidungsträger nehmen sie häufig eine Art „Sündenbock-“ oder auch „Blitzableiter-“ Funktion ein und werden für soziale, individuelle und politische Missstände unmittelbar verantwortlich gemacht und mit Vorwürfen, Beschuldigungen oder Frustration aus der Bevölkerung konfrontiert (Adsera, 2003; Hooghe & Okolikj, 2020). Wie der Forschungsstand zeigt, geht das größte Risiko für Politikerinnen und Politiker weniger von organisierten extremistischen Gruppen aus, sondern von Einzelpersonen mit persönlichen Anliegen, die auch häufig psychische Auffälligkeiten aufweisen (Hoffmann et al., 2011; James et al., 2007; James et

al., 2016). Oft zielen Täterinnen und Täter darauf ab, politische Akteurinnen und Akteure zu destabilisieren, ihre Arbeit zu erschweren oder sogar ihren Rückzug zu provozieren (Dal Bó et al., 2006). Kommunalpolitisch engagierte Personen gelten in diesem Kontext als besonders vulnerable Gruppe. Im Vergleich zur Landes- und Bundesebene sind sie durch ihre Bürgernähe häufig direkt ansprechbar, treffen Entscheidungen mit unmittelbaren Auswirkungen auf das tägliche Leben in den Gemeinden und verfügen über weniger Schutzmaßnahmen. Durch ihr (ehrenamtliches) Engagement in den Gemeinden, in denen die Menschen zu Hause sind, bilden sie das Rückgrat der Demokratie – doch gerade darin liegt auch ihre besondere Verwundbarkeit. Anfeindungen und Übergriffe auf kommunale Amts- und Mandatsträger gehen über individuelle Vorfälle hinaus und gefährden den demokratischen Zusammenhalt und das gesellschaftliche Miteinander als Ganzes.

Um die Formen, Hintergründe und Folgen dieser Bedrohungen systematisch zu erfassen und über die Erkenntnisse der Kriminalstatistik hinaus ein umfassendes Lagebild zu gewinnen, das als empirische Grundlage für die Entwicklung präventiver Handlungsstrategien dient, wurde 2021 das Forschungsprojekt „Kommunales Monitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern“ (KoMo) im Rahmen des Verbundprojekts MOTRA initiiert. Zwischen 2021 und 2024 wurden sieben Befragungswellen durchgeführt. Diese dienen nicht nur einem wissenschaftlichen Selbstzweck, sondern stehen kommunalpolitischen Amtspersonen auch als Plattform zur Verfügung, um ihre Erfahrungen und Erlebnisse aus dem Amtsallday zu teilen.

Datenerhebung und Methodik im Überblick

Die KoMo-Studie ist eine Dunkelfeldstudie der Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus im Bundeskriminalamt, die in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden durchgeführt wird. Im Rahmen eines längsschnittlichen Studiendesigns wurde die Zielgruppe der ehren- und hauptamtlich tätigen (Ober-)Bürgermeisterinnen und -Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte in Deutschland von Herbst 2021 bis Herbst 2024 in einem halbjährlichen Turnus durch eine Online-Befragung im Frühjahr (FB) und Herbst (HB) zu ihren Erfahrungen mit Hass, Hetze und Gewalt im Amtsalldag befragt. Die Erhebungen erfolgten mithilfe des Umfrage-Tools „LamaPoll“, wobei sich der Fragebogen jeweils auf den zuletzt erlebten Vorfall innerhalb des vorangegangenen sechsmonatigen Zeitraums konzentrierte (Referenzzeitraum Frühjahrsbefragungen: November bis April; Referenzzeitraum Herbstbefragungen: Mai bis Oktober). Die mittlere Bearbeitungszeit für den Fragebogen betrug jeweils etwa 5 bis 10 Minuten. Einige Fragen wurden über alle Befragungswellen hinweg standardmäßig beibehalten, während andere jährlich hinzugefügt wurden, um Entwicklungen im Zeitverlauf zu beobachten. Zudem wurden in jeder Befragung neue, thematisch aktuelle Fragen aufgenommen, die einmalig gestellt wurden. Grundsätzlich unterscheidet der Fragebogen zwischen drei Hauptkategorien von Anfeindungen, die im weiteren Verlauf weiter spezifiziert werden konnten:

1 | verbale oder schriftliche Anfeindungen

2 | Hasspostings im Internet

3 | tätliche Übergriffe

Die Grundgesamtheit der Studie umfasst etwa 11.000 (Ober-)Bürgermeisterinnen und -Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte in der Bundesrepublik. Da keine

detaillierten demografischen Informationen zur Grundgesamtheit vorliegen und allen Personen aus der Zielgruppe die Möglichkeit zur Teilnahme an der Studie eingeräumt werden sollte, wurde auf selbstselektive Stichproben zurückgegriffen. Dazu wurden bundesweit alle Kommunen kontaktiert, basierend auf öffentlich zugänglichen E-Mail-Adressen sowie der Weiterleitung der Einladungsschreiben durch die kommunalen Spitzenverbände, sodass alle Personen der Zielgruppe die gleiche Chance hatten, an den Befragungen teilzunehmen. Die Teilnahme erfolgte freiwillig und anonym.

Durch die selbstselektiven Stichproben können Verzerrungen durch Selektionsbias entstehen, da vor allem Personen teilnehmen könnten, die ein besonderes Interesse an dem Thema haben oder sich persönlich betroffen fühlen. Weniger betroffene, weniger motivierte oder weniger interessierte Personen nehmen hingegen tendenziell nicht teil. Um diesem Bias entgegenzuwirken, wurde in den Einladungsschreiben explizit darum gebeten, auch dann an der Befragung teilzunehmen, wenn in den letzten sechs Monaten keine entsprechenden Vorfälle erlebt wurden. Da die Stichproben weder zufällig gezogen noch nach demografischen Merkmalen der Grundgesamtheit gewichtet wurden, sind die Ergebnisse nicht repräsentativ. Dennoch wurde versucht, ein möglichst realistisches Bild auf Bundesebene zu erhalten und Verzerrungen zu minimieren, indem die Daten jeder Befragungswelle nachträglich auf Basis der Gemeindeanzahl pro Bundesland gewichtet wurden. Bei ungefähr 11.000 kontaktierten Kommunen pro Befragung ergeben sich Rücklaufquoten zwischen 13 % und knapp 19 %. Somit liegen die Rückläufe im durchaus typischen Bereich für Online-Befragungen (Theobald, 2017). Einen detaillierten Überblick über das Studiendesign der sieben Befragungswellen liefert Tabelle 1.

Tabelle 1: Überblick Studiendesign

Nr.	Befragungstitel	Rücklauf (n / %)	Erhebungsinstrument	Befragungszeitraum	Referenzzeitraum
1	Herbstbefragung 2021	n = 1.495 (13,6 %)	CAWI: Online-Fragebogen	25.11.2021 – 16.02.2022	Mai – Oktober 2021
2	Frühjahrsbefragung 2022	n = 1.501 (13,6 %)	CAWI: Online-Fragebogen	23.06.2022 – 16.08.2022	November 2021 – April 2022
3	Herbstbefragung 2022	n = 1.750 (15,9 %)	CAWI: Online-Fragebogen	22.11.2022 – 24.02.2023	Mai – Oktober 2022
4	Frühjahrsbefragung 2023	n = 1.739 (15,8 %)	CAWI: Online-Fragebogen	23.05.2023 – 31.07.2023	November 2022 – April 2023
5	Herbstbefragung 2023	n = 2.055 (18,7 %)	CAWI: Online-Fragebogen	14.11.2023 – 31.01.2024	Mai – Oktober 2023
6	Frühjahrsbefragung 2024	n = 1.832 (16,7 %)	CAWI: Online-Fragebogen	21.05.2024 – 18.07.2024	November 2023 – April 2024
7	Herbstbefragung 2024	n = 2.023 (18,4 %)	CAWI: Online-Fragebogen	20.11.2024 – 31.01.2025	Mai – Oktober 2024

Sieben Erhebungswellen – Zentrale Befunde im Überblick

Demografische Verteilung

Belastbare Daten zur demografischen Zusammensetzung der Grundgesamtheit ehren- und hauptamtlich kommunalpolitisch Engagierter liegen derzeit nicht vor. Die selbstselektiven Stichproben aller sieben Befragungswellen weisen jedoch über den Erhebungszeitraum hinweg konsistente demografische Muster auf und ermöglichen somit fundierte Rückschlüsse auf die Struktur und Zusammensetzung der untersuchten Zielgruppe.



Geschlecht

Die kommunalpolitische Landschaft ist **deutlich männlich dominiert**. Über alle Erhebungswellen hinweg liegt der Anteil männlicher Befragter stabil zwischen 81 % und 84 %, während der Frauenanteil entsprechend lediglich 16 % bis 19 % beträgt. Diese Verteilung dürfte die tatsächlichen Geschlechterverhältnisse in kommunalpolitischen Führungs- und Mandatspositionen widerspiegeln und verweist auf ein persistentes strukturelles Ungleichgewicht hinsichtlich des kommunal-

politischen Engagements sowie der politischen Teilhabe von Frauen.



Alter

In Bezug auf die Altersstruktur zeigt sich eine klare **Konzentration in höheren Alterskohorten**. Die Gruppe der 51- bis 60-Jährigen stellt mit einem Anteil von etwa 37 % bis 41 % durchgängig die größte Kohorte dar. Es folgen die Altersgruppen der 41- bis 50-Jährigen sowie der 61- bis 65-Jährigen, die zusammen rund 30 % bis 40 % der Befragten ausmachen. Jüngere Altersgruppen sind hingegen deutlich unterrepräsentiert: Personen im Alter von 30 bis 40 Jahren stellen lediglich etwa 10 % bis 12 %, während unter 30-Jährige mit einem Anteil von lediglich 1 % bis 2 % kaum vertreten sind.



Gemeindegröße

Hinsichtlich der Größe der verantworteten Kommune zeigt sich eine starke **Konzentration des kommunalpolitischen Engagements im ländlichen und kleinstädtischen**

Raum. Rund 46 % bis 52 % der Befragten stammen aus Gemeinden mit bis zu 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, weitere 20 % bis 22 % sogar aus Kommunen mit weniger als 1.000 Einwohnern. Demgegenüber spielen Großstädte mit mehr als 50.000 Einwohnern eine deutlich untergeordnete Rolle. Dieses Muster entspricht sowohl der Struktur der kommunalen Gebietskörperschaften in Deutschland als auch der besonderen Bedeutung kommunalpolitischer Funktionen in kleineren Gemeinden, die häufig ehrenamtlich durch Bürgermeisterinnen oder Bürgermeister geführt werden.



Funktion

Die Verteilung zwischen **ehren- und hauptamtlicher Tätigkeit** erweist sich über die Erhebungswellen hinweg als **weitgehend ausgewogen**, wobei ein leichtes Übergewicht des Hauptamts festzustellen ist. Der Anteil hauptamtlich Tätiger liegt in den einzelnen Wellen überwiegend zwischen 49 % und 55 %, während der Anteil ehrenamtlich Engagierter entsprechend zwischen 45 % und 51 % variiert.

Zwischen Amt und Anfeindung: Betroffenheit und Erfahrungen

Die sieben Erhebungswellen des Kommunalen Monitorings zeichnen ein differenziertes und empirisch fundiertes Bild der Erfahrungen sowie Erlebnisse kommunalpolitischer Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger mit Anfeindungen und Übergriffen im Amtsalltag. Über den gesamten Erhebungszeitraum lassen sich sowohl wiederkehrende Muster als auch besorgniserregende Entwicklungen identifizieren, die einen erhöhten präventiven Handlungsbedarf anzeigen. Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse entlang der thematischen Schwerpunkte systematisch dargestellt.

Betroffenheit & Ausprägungen von Anfeindungen

→ **Zwischen 34 % und 46 % der Befragten** gaben über alle Erhebungswellen hinweg an, in den jeweils vorangegangenen sechs Monaten mindestens eine Form von Anfeindung erfahren zu haben. Die berichtete Häufigkeit lag dabei durchschnittlich bei **ein bis zwei Vorfällen pro Monat**. Abhängig vom Erhebungszeitpunkt war somit **etwa ein Drittel bis nahezu die Hälfte der teilnehmenden kommunalpolitischen Amts- und Mandatspersonen betroffen**. Der über den gesamten Erhebungszeitraum hinweg konstant hohe Anteil weist darauf hin, dass Hass, Hetze und Gewalt gegenüber kommunalpolitisch Engagierten nicht als singuläre oder episodische Ereignisse zu interpretieren sind, sondern für einen erheblichen Teil der Betroffenen eine dauerhafte Begleiterscheinung des Amtsalltags darstellen.

→ Die Befragungsdaten zeigen eine **hohe Diversität an Erscheinungsformen** von Hass und Hetze, die sich in verbalen, schriftlichen und körperlichen Handlungen äußern und sowohl analoge als auch digitale Kontexte umfassen. In diesem Zusammenhang lässt sich eine zunehmende Präsenz von Anfeindungen im digitalen Raum feststellen, wobei mehr als ein Drittel der Betroffenen von entsprechenden Erfahrungen innerhalb sozialer Netzwerke berichtet.

→ Ein differenzierter Blick auf die konkreten Erscheinungsformen von Anfeindungen offenbart ein konsistentes Muster: In nahezu allen Erhebungen **dominieren Beleidigungen, Verleumdungen sowie üble Nachrede** – mit Anteilen zwischen 35 % und 45 %. Diese Befunde deuten auf ein enthemmtes Kommunikationsklima hin, in dem persönliche Herabwürdigungen und rufschädigende Aussagen zur Normalität geworden

sind. Schwerwiegendere Formen wie Bedrohung, Nötigung oder Nachstellung werden in rund 10 % bis 20 % der Fälle genannt und verweisen auf gezielte Einschüchterungspraktiken mit potenziell erheblichen psychischen Belastungen für die Betroffenen. Weniger häufige, jedoch relevante Erscheinungsformen – darunter Diskriminierung, soziale Ausgrenzung, Sachbeschädigung, körperliche Übergriffe, Stalking oder Volksverhetzung – unterstreichen die Mehrdimensionalität und das Eskalationspotenzial von Anfeindungen. Insgesamt lässt sich ein Kontinuum von niedrigschwelligen verbalen Angriffen bis hin zu konkreten Bedrohungen erkennen, das in analogen und digitalen Kontexten fortwirkt.

Familie im Fokus

- Neben den Amtsträgerinnen und Amtsträgern persönlich geraten zunehmend auch deren **Familienangehörige ins Visier** von Anfeindungen und Übergriffen: Zwischen 6 % bis 9 % der Befragten berichten in den Erhebungen von entsprechenden Vorfällen, die teilweise über verbale Angriffe hinausgehen in Form von Bedrohungen, Nötigungen oder sozialer Ausgrenzung. Dies verdeutlicht, dass Anfeindungen gegen Amtspersonen häufig nicht isoliert bleiben, sondern bis in den privaten Lebensbereich hineinwirken und sich damit deutlich von sachlich-politischer Auseinandersetzung entfernen.
- Besonders hervorzuheben ist hierbei, dass **weibliche Amtspersonen** über alle Erhebungen hinweg signifikant häufiger von Anfeindungen gegen Familienangehörige berichten. Dieser Befund weist auf eine geschlechterspezifische Dimension hin, bei der Frauen und ihre Familien in besonderem Maße im Fokus von Anfeindungen stehen. Darüber hinaus zeigt sich bei Vorfällen gegen Familienangehörige eine konstant signi-

fikant **höhere Anzeigebereitschaft** im Vergleich zu Anfeindungen gegen die Amtspersonen selbst. Dies deutet darauf hin, dass Angriffe auf das familiäre Umfeld als besonders schwerwiegend wahrgenommen werden und eine erhöhte Schutz- und Interventionsnotwendigkeit implizieren.

Motivation

- Im Hinblick auf die vermutete Motivation der zuletzt erlebten Vorfälle zeigt sich über sämtliche Erhebungswellen hinweg ein konsistentes Muster: **Persönliche Motive** wurden **deutlich häufiger als politische oder religiöse Beweggründe** angegeben. So berichteten etwa 15–25 % der Betroffenen, dass die Anfeindungen entweder politisch oder religiös motiviert waren. Innerhalb dieser Gruppe dominierten politisch rechtsgerichtete Motive (ca. 6–10 %) sowie Angriffe durch parteipolitische Gegnerinnen und Gegner (ca. 5–8 %). Demgegenüber spielten politisch linksmotivierte Vorfälle oder solche im Kontext sozialer Bewegungen mit einem Anteil von lediglich etwa 1–4 % eine untergeordnete Rolle, während religiös motivierte Angriffe in weniger als 1 % der Fälle genannt wurden. Demgegenüber führten die Befragten in rund 75–85 % der Fälle persönliche Motive der Tatverdächtigen als Ursache der Anfeindungen an. Besonders häufig wurden dabei Unzufriedenheit mit der lokalen Politik, allgemeine Frustration, Egoismus/Anspruchsdenken sowie ein mangelndes Verständnis und Unwissenheit politischer Prozesse und kommunalpolitischer Zuständigkeiten seitens der Bürgerinnen und Bürger genannt.

Umgang

- Der Blick auf den Umgang mit Anfeindungen offenbart über alle Erhebungswellen hinweg ein konstantes Muster in den Bewältigungsstrategien

der Betroffenen. Am **häufigsten** wurde das **Ignorieren des jeweiligen Vorfalls** genannt (22–28 %), gefolgt vom direkten Dialog mit den Tatverdächtigen (15–19 %). Darüber hinaus suchten die Befragten Unterstützung vor allem im privaten und parteipolitischen Umfeld, namentlich bei Familie und im Freundeskreis (14–18 %) sowie im Kollegenkreis (10–16 %). Eine Anzeige bei den zuständigen Behörden wurde hingegen nur in einem vergleichsweise geringen Anteil der Fälle erstattet (11–14 %).

- Als zentrale **Gründe gegen eine Anzeige** nannten die Betroffenen insbesondere die Einschätzung des Vorfalls als Bagatelle, den als hoch wahrgenommenen zeitlichen und bürokratischen Aufwand, Zweifel am Erfolg einer Anzeige sowie den Wunsch nach persönlicher Ruhe und Distanzierung von dem Geschehen.
- Die insgesamt geringe Anzeigebereitschaft sowie das bevorzugte Ignorieren als Bewältigungsstrategie deuten darauf hin, dass viele Betroffene den erwarteten Aufwand oder die Unsicherheit im Umgang mit entsprechenden Vorfällen scheuen. Zugleich lassen diese Befunde auf ein begrenztes Vertrauen in die Wirksamkeit rechtlicher Schritte schließen. Hinweise auf eine Tendenz zur Minimierung von Anfeindungen unter Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern legen nahe, dass eine vertiefte Diskussion über den Bedarf an institutioneller Unterstützung sowie über die Förderung einer offenen und systematischen Auseinandersetzung mit solchen Erfahrungen notwendig ist.

Folgen

- Die Anfeindungen wirken sich in erheblichem Maße auch auf das **psychische und physische Wohlbefinden der Betroffenen** aus. Über alle Erhebungswellen hinweg berichten 81–83 % der befragten Personen von Belastungsfolgen, darunter Rufschädigungen, depressive Verstimmungen, Schlafstörungen, psychosomatische Beschwerden sowie Angst- und Unruhezustände.
- Neben diesen individuellen gesundheitlichen Auswirkungen zeigen sich auch deutliche **Konsequenzen für das politische Engagement der Betroffenen**: Etwa jede zehnte Amtsperson gibt an, infolge der Anfeindungen einen Rückzug aus der kommunalpolitischen Tätigkeit in Erwägung zu ziehen. Konkret äußerten 7–10 % der Befragten, entweder auf eine erneute Kandidatur zu verzichten oder eine vorzeitige Amtsniederlegung aufgrund der erlebten Anfeindungen in Betracht zu ziehen.
- Insgesamt verdeutlichen diese Befunde, dass Anfeindungen gegenüber kommunalpolitisch Engagierten nicht allein das individuelle Leben und die Gesundheit der betroffenen Personen beeinträchtigen können, sondern darüber hinaus potenziell auch die demokratische Funktionsfähigkeit auf kommunaler Ebene sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden.

Risikogruppen

Im Zeitraum zwischen Herbst 2021 und Herbst 2024 lassen sich über alle sieben Erhebungswellen hinweg vier besonders auffällige Risikogruppen im Kontext von Anfeindungen und Übergriffen identifizieren: Frauen, ehrenamtlich Tätige, Engagierte im ländlichen Raum sowie Amtspersonen aus Ostdeutschland. Im Folgenden soll auf diese Personengruppen nochmal differenzierter aufmerksam gemacht werden:

Frauen

Frauen sind in kommunalpolitischen Ämtern nach wie vor deutlich unterrepräsentiert und zugleich in mehrfacher Hinsicht besonders vulnerabel. Zwar sind Frauen und Männer insgesamt in vergleichbarem Ausmaß von Anfeindungen betroffen, jedoch zeigen sich bei weiblichen Amtsträgerinnen konsistent höhere Belastungswerte sowie systematische Unterschiede in der Qualität und Ausprägung der Vorfälle.

- So berichten Frauen durchgängig von einem signifikant **erhöhten Bedrohungs- und Unsicherheitsempfinden** im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen.
- Das **Diskussionsklima in Räten sowie in sozialen Medien** wird konstant als signifikant **verrohter** wahrgenommen.
- Ein weiteres zentrales Merkmal stellt die **stärkere sekundäre Betroffenheit** dar: Familienangehörige weiblicher Amtspersonen sind signifikant häufiger Ziel von Anfeindungen als jene männlicher Amtsträger.
- Insbesondere **im digitalen Raum** sind Frauen zudem überdurchschnittlich häufig von Desinformationskampagnen oder der Verbreitung manipulierter Inhalte (z. B. Deep Fakes) betroffen (HB24: 29 % Frauen | 18 % Männer).

→ Ergänzend berichten Amtsträgerinnen wiederholt häufiger als Männer von **sexueller Belästigung, der Androhung sexualisierter Gewalt** sowie von **Vergewaltigungsphantasien**.

→ Diese spezifischen Belastungslagen spiegeln sich auch in den berichteten **psychosozialen Folgen** wider. Frauen geben signifikant häufiger körperliche Beschwerden, Schlafstörungen, Rufschädigungen sowie **Auswirkungen auf ihr politisches Engagement** an. Letztere äußern sich unter anderem in der Erwägung einer Mandatsniederlegung oder im **Rückzug aus öffentlichen Diskursräumen**, etwa durch eine reduzierte Nutzung sozialer Medien.

→ Schließlich ist auch die **Angst vor zukünftigen Angriffen** – insbesondere im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 2024 – bei weiblichen Amtspersonen signifikant stärker ausgeprägt als bei ihren männlichen Pendants.

Ehrenamtlich Tätige

Auch ehrenamtlich tätige Amtspersonen stellen eine besonders relevante Risikogruppe im Kontext von Anfeindungen dar. Zwar sind ehrenamtlich Engagierte im Durchschnitt seltener von Anfeindungen betroffen als hauptamtliche Amtspersonen, jedoch berichten sie von deutlich intensiveren und einschneidenderen Auswirkungen hinsichtlich ihrer Bereitschaft zur Fortführung der kommunalpolitischen Tätigkeit. Vor dem Hintergrund, dass kommunalpolitisches Engagement in hohem Maße auf ehrenamtlicher Arbeit basiert, kommt der Unterstützung und dem Schutz dieser Personengruppe eine besondere Bedeutung zu.

→ Ehrenamtliche sind signifikant **häufiger von Anfeindungen im direkten persönlichen Kontakt** betroffen, insbesondere in Form von Angriffen von

Angesicht zu Angesicht (FB24: 42% Ehrenamt | 18% Hauptamt) sowie im unmittelbaren sozialen Umfeld, etwa in der Freizeit (FB23: 34 % | 11 %) oder zu Hause (FB24: 13 % | 6 %). Diese Vorfälle stellen einen besonders starken Eingriff in die Privatsphäre dar.

- Entsprechend berichten ehrenamtlich Engagierte von einem **signifikant erhöhten Bedrohungs- und Unsicherheitsempfinden** und geben zugleich signifikant **häufiger psychische und physische Belastungsfolgen** infolge der Anfeindungen an (HB24: 90 % Ehrenamt | 82 % Hauptamt; HB23: 87 % | 81 %; HB22: 85 % | 79 %).
- Darüber hinaus ziehen ehrenamtlich tätige Amtspersonen überdurchschnittlich **häufig eine Amts- oder Mandatsniederlegung** in Erwägung (HB23: 13 % Ehrenamt | 6 % Hauptamt) und äußern eine geringere Bereitschaft, bei zukünftigen Kommunalwahlen erneut zu kandidieren (FB24: 31 % | 24 %).
- Ergänzend berichten sie signifikant häufiger, dass sie selbst oder ihre **Wahlkampf helfenden** bereits im Zusammenhang mit Wahlkämpfen Ziel von Anfeindungen geworden sind (FB24: 20 % Ehrenamt | 13 % Hauptamt).
- Ehrenamtlich Engagierte suchen häufiger Unterstützung bei Familie und Freunden und haben den Vorfall zudem signifikant häufiger eigenständig geregelt (FB23: 14 % Ehrenamt | 3 % Hauptamt). Im Gegensatz dazu haben hauptamtlich Tätige den Vorfall häufiger zur Anzeige gebracht (HB23: 16 % | 9 %). Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass sich das Vorgehen in Konfliktsituationen nach dem Status der Tätigkeit unterscheidet, wobei **Ehrenamtliche eher auf informelle Bewältigungsstrategien zurückgreifen**, während Hauptamtliche formale Maß-

nahmen bevorzugen und eine höhere Anzeigebereitschaft aufweisen.

Die Befunde machen deutlich, dass Anfeindungen gegenüber Amts- und Mandatspersonen ein erhebliches Risiko darstellen, insbesondere im Hinblick auf die Sicherstellung eines langfristigen ehrenamtlichen Engagements in der Kommunalpolitik.

Ländlicher Raum

Vor dem Hintergrund der hohen strukturellen Bedeutung ehrenamtlichen Engagements für die Funktionsfähigkeit des ländlichen Raums ist die dort beobachtete erhöhte Belastung kommunalpolitisch Engagierter besonders problematisch: In Gemeinden bis 20.000 Einwohner berichten Amts- und Mandatspersonen konsistent über signifikant höhere Belastungen als im städtischen Raum, was Risiken für die Stabilität und Zukunft kommunaler Selbstverwaltung im ländlichen Kontext offenkundig werden lässt.

- Das **Bedrohungs- und Unsicherheitsempfinden** von Amtspersonen im ländlichen Raum liegt durchgängig signifikant höher als im städtischen Raum (FB24: MW 2,96 ländlicher Raum | MW 2,77 städtischer Raum; HB24: MW 2,82 | MW 2,63).
- Zugleich sind die **Tatverdächtigen den Betroffenen** signifikant **häufiger persönlich bekannt**, was auf eine ausgeprägte soziale Nähe (Bürgernähe) und die geringere Anonymität im ländlichen Raum hinweist (HB24: 85 % ländlicher Raum | 68 % städtischer Raum; FB24: 88 % | 63 %; HB23: 81 % | 62 %).
- Diese Nähe geht mit einer höheren Wahrscheinlichkeit direkter Konfrontationen einher: **Anfeindungen erfolgen dort häufiger von Angesicht zu Angesicht** (HB24:

37% ländlicher Raum | 24% städtischer Raum; FB24: 28% | 20%) sowie **vermehrt im privaten und freizeitbezogenen Kontext** (FB24: 18% | 9%), während soziale Medien im ländlichen Raum eine geringere Bedeutung für die Amtsausübung haben (FB24: MW: 3,96 | 4,58).

- Gleichwohl sind die **psychischen und physischen Folgen** für die Betroffenen im ländlichen Raum **ausgeprägter** (HB24: 88% ländlicher Raum | 78% städtischer Raum; HB23: 85% | 78%). Kommunalpolitisch Engagierte dort erwägen signifikant **häufiger eine Amts- oder Mandatsniederlegung** (HB24: 7% | 4%) und geben häufiger an, bei den Kommunalwahlen 2024 nicht erneut kandidieren zu wollen (FB24: 29% | 25%). Anfeindungen im Amtsalltag werden dabei überdurchschnittlich oft als ausschlaggebender Grund gegen eine erneute Kandidatur genannt (FB24: 6% | 3%).

Engagierte in Ostdeutschland

Eine dritte besonders relevante Risikogruppe bilden Amtspersonen aus den ostdeutschen Bundesländern. Die Kombination aus einer insgesamt höheren Betroffenheit von Anfeindungen sowie einer ausgeprägteren Wahrnehmung politischer und gesellschaftlicher Polarisierung auf kommunaler Ebene legt nahe, dieser Personengruppe besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

- Amtspersonen aus Ostdeutschland berichten über mehrere Erhebungswellen hinweg signifikant **häufiger von Anfeindungen** (HB24: 35% Ostdeutschland | 29% Westdeutschland; FB24: 45% | 33%; HB23: 50% | 36%). Zudem geben sie signifikant häufiger an, die tatverdächtigen Personen **persönlich** zu kennen (FB24: 85% | 75%). Diese werden überdurchschnittlich oft als **Wiederholungstäterinnen bzw. -täter** oder als bereits zuvor auffällig gewordene Personen beschrieben (FB23: 29% | 22%).

- Darüber hinaus weisen ostdeutsche Amtspersonen ein signifikant **höheres Bedrohungs- und Unsicherheitsempfinden** auf (HB24: Mittelwert (MW) 2,8 | 2,72; FB24: MW 2,99 | 2,84) und nehmen das **Diskussionsklima in kommunalpolitischen Gremien** – insbesondere in Stadt- und Gemeinderäten sowie Kreistagen – als signifikant **verrohter** wahr (HB24: MW 3,62 | 3,28; HB22: MW 3,68 | 3,49).

- Auch **politische und ideologische Motivlagen** treten in Ostdeutschland signifikant **häufiger** in Erscheinung. Parteipolitisch gegnerische Motive wurden dort nahezu doppelt so häufig genannt wie in Westdeutschland (HB24: 10% Ostdeutschland | 6% Westdeutschland; FB23: 8% | 5%). Ebenso waren rechtsmotivierte Anfeindungen gegenüber ostdeutschen Amtspersonen deutlich verbreiteter (FB24: 16% | 7%; FB23: 10% | 6%).

- Im Kontext des **Superwahljahres 2024** war die **Angst vor Anfeindungen** bei Amtspersonen aus Ostdeutschland insgesamt **deutlich stärker** ausgeprägt. Für die Kommunalwahlen zeigten sich signifikante Unterschiede im Unsicherheitsempfinden (FB24: MW 2,93 | 2,62), begleitet von einer höheren berichteten Betroffenheit von Anfeindungen (HB24: 25% | 17%). Ein vergleichbares Muster zeigt sich ebenfalls bei der Europawahl, bei der ostdeutsche Befragte eine signifikant höhere Sorge vor Anfeindungen angaben (FB24: MW 1,96 | 1,77).

- Schließlich zeigt sich bei Amtspersonen aus Ostdeutschland eine ausgeprägtere **digitale Unsicherheit**. Sie äußern signifikant größere Zweifel am Wahrheitsgehalt von Informationen im Internet (HB24: MW 2,84 | 2,72) und berichten häufiger von Sorgen im Zusammenhang mit Desinformation und dem Einsatz von Deep Fakes (HB24: 24% | 19%).

Die vergleichende Betrachtung der vier identifizierten Risikogruppen – Frauen, ehrenamtlich tätige Amtspersonen, Engagierte im ländlichen Raum sowie Amtspersonen aus Ostdeutschland – verdeutlicht sowohl gruppenspezifische Besonderheiten als auch strukturelle Gemeinsamkeiten im Erleben von Anfeindungen. Allen vier Gruppen ist gemeinsam, dass sie nicht nur in erhöhtem Maße belastet sind, sondern dass die Anfeindungen jeweils spezifische Formen annehmen, die über rein quantitative Unterschiede hinausgehen und qualitativ unterschiedliche Gefährdungslagen erzeugen.

Frauen sind insbesondere durch geschlechtsspezifische Formen von Anfeindungen betroffen, die sich in sexualisierter Gewalt, digitaler Desinformation, sekundärer Betroffenheit von Familienangehörigen sowie einem deutlich erhöhten psychosozialen Belastungsniveau äußern. Ehrenamtlich tätige und im ländlichen Raum engagierte Amtspersonen wiederum erleben Anfeindungen häufiger im direkten persönlichen Umfeld, was einen besonders starken Eingriff in die Privatsphäre darstellt und sich signifikant negativ auf die Bereitschaft zur Fortführung des kommunalpolitischen Engagements

auswirkt. Amtspersonen aus Ostdeutschland schließlich sind durch eine kumulative Belastungslage gekennzeichnet, die sich aus einer höheren Betroffenheit, stärker politisch oder ideologisch motivierten Anfeindungen, ausgeprägter Unsicherheit im Kontext von Wahlen sowie einem geringeren Vertrauen in staatliche Schutzmechanismen zusammensetzt.

Übergreifend weisen die Befunde darauf hin, dass Anfeindungen gegenüber kommunalpolitisch Engagierten nicht als singuläre oder randständige Phänomene zu verstehen sind, sondern als strukturelle Herausforderung für die kommunale Demokratie. Besonders problematisch ist dabei die wiederholt beobachtete Tendenz zum Rückzug aus politischen Ämtern oder zur Nicht-Kandidatur bei zukünftigen Wahlen, die in allen vier Risikogruppen überdurchschnittlich ausgeprägt ist. Damit entfalten Anfeindungen nicht nur individuelle Belastungswirkungen, sondern wirken potenziell selektiv auf politische Teilhabe und Repräsentation, insbesondere zulasten ohnehin unterrepräsentierter oder vulnerabler Gruppen.

Empfehlungen zu präventiven Maßnahmen

Um den im Rahmen der KoMo-Befragungen identifizierten Problemlagen – insbesondere Anfeindungen im analogen und digitalen Raum, angespanntes Diskussionsklima in den sozialen Medien und in den Gremien sowie die strukturelle Unterrepräsentation bestimmter Personengruppen in der Kommunalpolitik – wirksam entgegenzuwirken, lassen sich verschiedene präventive Maßnahmen ableiten. Diese Maßnahmen können auf drei Ebenen verortet werden: Der Mikroebene (individuelle Ebene), der Mesoebene (institutionelle und organisatorische Ebene) sowie der Makroebene (gesellschaftlich-strukturelle Ebene). Zusätzlich werden die Maßnahmen nach dem Zeitpunkt ihrer Anwendung differenziert, wobei zwischen Primärprävention (vor dem Eintreten von Problemen),

Sekundärprävention (bei ersten Anzeichen) und Tertiärprävention (nach dem Eintritt problematischer Entwicklungen) unterschieden wird. Maßnahmen der Primärprävention können einen Beitrag dazu leisten, Resilienz und Ressourcen in einer Kommune langfristig und nachhaltig zu fördern sowie zu unterstützen. Dahingegen handelt es sich bei sekundärpräventiven Maßnahmen eher um „Akuthilfe“, während Tertiärprävention darauf abzielt, bereits eingetretene Problemlagen zu bearbeiten und Betroffene bei der Bewältigung zu unterstützen. Abhängig von Bedarf und Situation bietet diese Systematik eine strukturierende Orientierung für die Entwicklung zielgerichteter Interventionsstrategien und die Identifikation geeigneter Maßnahmen.

Ziel: Verbesserung der Schutzmechanismen im kommunalpolitischen Amtsalldag

Handlungsfeld	Maßnahme	Präventionsstufe	Ebene	Bereits vorhandene Stellen/Beispiele
Kompetenzaufbau & Resilienz	Zielgruppenspezifische Schulungen zu Resilienzförderung, digitaler Selbstsicherheit und Umgang mit Anfeindungen	Primär	Mikro	➤ Vhs Ehrenamtsportal ➤ Heinrich Böll Stiftung-Greencampus ➤ Frauen aufs Podium e.V. ➤ HateShield
Sensibilisierung staatlicher Akteure	Schulungen von Polizeidienststellen zur Sensibilisierung für die Lebensrealität kommunalpolitisch Aktiver	Primär	Mikro	➤ Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes
Wissensvermittlung	Informationsmaterial zu Täterprofilen und Motivlagen zur besseren Einordnung von Bedrohungen	Primär	Mikro	➤ Bedrohungsanalysen Angriffe auf PolitikerInnen, JournalistInnen, Einsatzkräfte und Lehrpersonen als Gefahr für die Demokratie
Unterstützungsnetzwerke	Aufbau lokaler Schutz- und Unterstützungsnetzwerke mit niedrighschwelligem Zugang für Betroffene	Primär	Mikro	➤ Aktion Zivilcourage ➤ #Netzcourage
Digitale Sicherheit	Social-Media-Guidelines für Kommunen und Verbände zum Umgang mit Hass und Bedrohungen	Primär	Meso	➤ Social Media Leitfaden für Kommunalpolitiker*innen ➤ Social Media Guidelines für die Verwaltung
Institutionelle Schutzstrukturen	Entwicklung kommunaler Schutzkonzepte mit Leitlinien zu Prävention, Reaktion und Dokumentation	Primär	Meso	➤ Aktion Zivilcourage
Risikoanalyse	Regelmäßige Risikoanalysen zur Identifikation von Angriffsflächen und Eskalationspotenzialen	Primär	Meso	➤ MBR Berlin
Fortbildung kommunaler Mandatsträger	Trainings zu digitaler Kommunikation, Deeskalation und Konfliktmanagement für Ratsmitglieder	Primär	Meso	
Einbindung des privaten Umfelds	Informationsmaterial und Schulungen für Angehörige von Kommunalpolitiker*innen	Primär	Meso	➤ Stark im Amt ➤ DEMO Artikel
Institutionelle Beratungsangebote	IT-Schutz, Beratungen und Notfallnummern für kommunalpolitisch Engagierte	Primär	Meso	➤ Starke Stelle ➤ Überblick über die Ansprechstellen der Länder ➤ Hate Aid
Gesellschaftliche Sensibilisierung	Imagekampagnen zur Sichtbarmachung kommunalpolitischen Engagements	Primär	Makro	➤ Friedrich-Ebert-Stiftung Lokale Engagementstrategien entwickeln. Ein Leitfaden für Akteur*innen vor Ort ➤ Checkliste „Kommunale Engagementpolitik“

Politische Bildung	Medienkompetenz- bildung und politische Bildung über kommunale Entscheidungsstrukturen	Primär	Makro	↗ Robert Bosch Stiftung ↗ Digitale Schule Hessen ↗ Konrad Adenauer Stiftung: Kommunalpolitik in Deutschland ↗ Landeszentrale für politische Bildung NRW
Demokratieförderung	Öffentlichkeitskampagnen gegen Hass und zur Stärkung demokratischer Werte	Primär	Makro	↗ Ministerium für Kultus, Jugend und Sport BW („BITTE WAS?! Kontern gegen Fake und Hass“) ↗ Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales („Wir alle sind zu wertvoll für Hass“) ↗ GEW (Schule zeigt Haltung)
Psychosoziale Unterstützung	Niedrigschwellige psycho- soziale Beratung bei ersten Belastungssymptomen	Sekundär	Mikro	↗ HateAid
Rechtliche Unterstützung	Juristische Erstberatung und Anzeige Hilfe über kommunale Ansprechstelle	Sekundär	Mikro	↗ Bundesverband Mobile Beratung (BMB), Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG)
Anzeigeunterstützung	Begleitete Anzeigen- erstattung durch geschulte Vertrauenspersonen	Sekundär	Mikro	↗ Verfolgen statt nur Löschen ↗ Respect im Netz ↗ Meldestelle Hessen gegen Hetze ↗ HateAid
Informationsportale	Ausbau und Bewerbung zentraler Infoportale zu Hilfsangeboten	Sekundär	Mikro	↗ Stark im Amt / Starke Stelle
Handlungssicherheit	Verhaltenstrainings zu Deeskalation und Selbstschutz in Bedrohungssituationen	Sekundär	Mikro	↗ Sicher im Dienst NRW-Initiative „Mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffent- lichen Dienst“
Monitoring	Beobachtung eskalierender Onlineangriffe zur frühzeitigen Reaktion	Sekundär	Meso	↗ Ichbinhier
Meldestrukturen	Zentrale Melde- und Unter- stützungsstrukturen bei Anfeindungen innerhalb kom- munaler Verwaltungen	Sekundär	Meso	↗ Stadt Köln ↗ KommA
Krisenintervention	Interventions- und Krisenteams bei akuten Gefährdungslagen	Sekundär	Meso	
Institutionelle Kooperation	Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Polizei und Justiz zur effektiven Strafverfolgung	Sekundär	Meso	
Zivilgesellschaftliche Unterstützung	Förderung zivil- gesellschaftlicher Unterstützungsnetzwerke	Sekundär	Makro	↗ HateAid ↗ Ichbinhier e.V. ↗ Das NETTZ
Plattformregulierung	Gesetzliche Verpflichtungen für Plattformen zur Bekämpfung von Hassinhalten	Sekundär	Makro	↗ Digital Service Act

Forschung & Monitoring	Forschung zu Anfeindungen gegen politische Mandatsträger*innen	Sekundär	Makro	↗ Kommunales Monitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträger*innen (KoMo) ↗ Körber Stiftung ↗ Kommunalstudie Brandenburg ↗ Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. Aggressionen und Gewalt gegen Politiker*innen in Deutschland
Digitale Rückzugsstrategien	Technische und psychosoziale Begleitung beim Rückzug aus sozialen Medien	Tertiär	Mikro	↗ Hate Aid
Reintegration	Programme zur politischen und beruflichen Wiedereingliederung nach Amtsrücktritt	Tertiär	Mikro	
Individueller Schutz	Individuelle Sicherheitsmaßnahmen und Privatsphäre-Checks	Tertiär	Mikro	
Gefährdungsmanagement	Notfallpläne bei konkreten Bedrohlagen in Kooperation mit Sicherheitsbehörden	Tertiär	Meso	
Organisationslernen	Interne Aufarbeitung schwerer Vorfälle (Fallanalysen, Lessons Learned)	Tertiär	Meso	
Öffentliche Aufarbeitung	Kommunikationsstrategien und Informationskampagnen nach schweren Angriffen	Tertiär	Meso	
Opferhilfe	Rehabilitationsprogramme und Unterstützungsmaßnahmen für dauerhaft Geschädigte	Tertiär	Makro	↗ Opferhilfe ↗ Weißer Ring
Forschung	Langzeitforschung zu Ursachen und Schutzfaktoren gegen Hass und Gewalt	Tertiär	Makro	
Gesellschaftlicher Dialog	Dialogformate zur gesellschaftlichen Bearbeitung demokratiefeindlicher Tendenzen	Tertiär	Makro	↗ Mehr Demokratie ↗ Schnittmenge Demokratie (Marburg) ↗ Esgehtlos ↗ Hallo Bundestag ↗ REspect

Ziel: Diskussionsklima in sozialen Medien und Gremien verbessern

Handlungsfeld	Maßnahme	Präventionsstufe	Ebene	Bereits vorhandene Stellen/Beispiele
Kompetenzerwerb	Schulungen für Kommunalpolitiker*innen zu Deeskalation, Selbstschutz und digitaler Medienkompetenz	Primär	Mikro	↗ Creategy academy ↗ Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes ↗ Konrad Adenauer Stiftung ↗ Friedrich Ebert Stiftung ↗ Sicher im Dienst ↗ Landeszentrale für politische Bildung BW ↗ Kehler Akademie e.V. ↗ Bundeszentrale für politische Bildung ↗ Polisin
Resilienzförderung	Zielgruppenspezifische Trainings zur Stärkung von Resilienz und Selbstschutz	Primär	Mikro	↗ Starke Demokratie e.V. ↗ Friedrich Ebert Stiftung ↗ KommunalAkademie ↗ Konrad Adenauer Stiftung
Unterstützungssysteme	Mentoring-Programme und Peer-Support-Netzwerke für kommunalpolitisch Aktive	Primär	Mikro	↗ Mentoring-Programmen zur politischen Nachwuchsförderung von Frauen in Niedersachsen ↗ Handreichung Mentoring für Frauen in der Kommunalpolitik
Kommunikationsstandards	Social-Media-Guidelines für Kommunalpolitiker*innen mit Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Hassrede	Primär	Meso	↗ Die EAF Berlin ↗ Philologenverband NRW
Risikomanagement	Regelmäßige Risikoanalysen innerhalb kommunaler Strukturen zur Früherkennung von Eskalationen	Primär	Meso	↗ Verwaltung für Demokratie e.V.
Debattenkultur	Verhaltenskodizes für respektvolle Debattenkultur in kommunalen Gremien	Primär	Meso	↗ Körper Stiftung ↗ Transparency Deutschland
Medienbildung	Förderung von Medienkompetenz in Schule, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung	Primär	Makro	↗ Jugenschutz.net ↗ Seitenstark e.V.
Gesellschaftliche Sensibilisierung	Öffentlichkeitskampagnen für respektvolle digitale Diskurse	Primär	Makro	↗ Telekom ↗ HateAid ↗ Compact
Digitale Zivilcourage	Förderung von Counter-Speech-Projekten und Initiativen	Primär	Makro	↗ Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt ↗ Klicksafe ↗ HateAid
Monitoring	Beobachtung eskalierender Onlinekommunikation und Frühwarnsysteme gegen Hassrede	Sekundär	Meso	↗ Ichbinhier ↗ Lovestorm ↗ Respect im Netz ↗ Initiative Toleranz im Netz
Konfliktbearbeitung	Kommunale Konfliktberatung bei Konflikten in politischen Gremien	Sekundär/ Tertiär	Meso	↗ Kooperationsverbund Demokratische Konfliktbearbeitung
Krisenintervention	Unterstützung Betroffener digitaler Gewalt	Tertiär	Mikro	↗ HateAid ↗ Lovestorm

Ziel: Vielfalt in der Kommunalpolitik stärken

Handlungsfeld	Maßnahme	Präventionsstufe	Ebene	Bereits vorhandene Stellen/Beispiele
Politische Nachwuchsförderung	Mentoring-Programme für Nachwuchskräfte, Frauen, LGBTQIA+-Personen und Menschen mit Migrationsgeschichte zur Stärkung von Orientierung und Selbstwirksamkeit ¹	Primär	Mikro	↗ Komma ↗ Frau.Macht.Politik ↗ Demokratie.Macht.Integration
Politische Nachwuchsförderung	Zielgerichtete Nachwuchsgewinnung durch Kommunen und Parteien (z. B. Workshops, Talent-scouting, niedrigschwellige Informationsformate)	Primär	Meso	↗ Tag der offenen Tür der Bundesregierung ↗ Workshop Kommunalpolitik ↗ KommunalAkademie digital ↗ Demokratie leben!
Strukturelle Diversität	Entwicklung von Gender- und Diversitätsstrategien in Kommunalparlamenten (z. B. Paritätsregelungen, Kinderbetreuung, barrierearme Zugänge, hybride Sitzungen)	Primär	Meso	↗ Komma
Gesellschaftliche Sensibilisierung	Öffentlichkeitskampagnen zur Förderung politischer Teilhabe marginalisierter Gruppen (z. B. Kooperation mit Influencer*innen oder lokalen Testimonials)	Primär	Makro	↗ Die Bedeutung von Social Media für die Kommunikationsarbeit der Städte ↗ Rathaus-Experiment mit Hanni Hase (WDR, Witten) ↗ Demokratie leben!
Förderstrukturen	Förderprogramme für Empowerment-Projekte, Qualifizierungen und Netzwerke für unterrepräsentierte Gruppen	Primär	Makro	↗ Deutsches Institut für Menschenrechte
Strukturanalyse	Evaluation bestehender Repräsentanzstrukturen in Kommunalparlamenten und Parteien	Sekundär	Makro	↗ Vielfalt sucht Repräsentation. Amts- und Mandatsträger*innen in der Kommunalpolitik ↗ Heinrich Böll Stiftung („Repräsentation von Frauen in der Kommunalpolitik“)
Forschung	Langzeitmonitoring zur sozialen Selektivität politischer Teilhabe	Tertiär	Makro	

¹ LGBTQIA+ und Menschen mit Migrationsgeschichte: In dieser Studie ist zu diesen Personengruppen keine Unterrepräsentation abbildbar, jedoch gibt es hierzu Hinweise aus anderen Studien (Aboim, 2020; Bock, 2008; Jenichen, 2020; Reiser, 2014; Reynolds, 2013; Schotel & Mügge, 2024; Wüst, 2006).

Fazit und Ausblick

Die Zwischenbilanz der ersten KoMo-Projektphase offenbart drei zentrale Problemlagen im kommunalpolitischen Kontext in Deutschland, die gezielt adressiert werden müssen:

1| die strukturell einseitige Zusammensetzung der Kommunalpolitik,

2| das zunehmend verrohte Diskussionsklima in sozialen Medien und politischen Gremien,

3| die alltäglichen Anfeindungen gegenüber Kommunalpolitikerinnen und -politikern.

Auf Grundlage der Studienbefunde wurden für jede dieser Problemlagen konkrete Präventionsmaßnahmen abgeleitet. Dabei hat sich gezeigt: Eine wirksame Prävention setzt zwingend ein differenziertes Verständnis der vielfältigen Hintergründe, Bedarfe und Risikolagen spezifischer Personengruppen voraus. Ohne diese Differenzierung laufen Maßnahmen Gefahr, ihre Wirkung zu verfehlen. Die Komplexität der Problemlagen – digitale wie analoge Gewalt, individuelle Bewältigungsstrategien, psychische wie strukturelle Belastungen, individuelle wie familiäre Betroffenheit – verdeutlicht: Prävention gegen Hass und Anfeindungen ist keine ausschließlich staatliche oder sicherheitspolitische Aufgabe. Sie erfordert ein koordiniertes Zusammenwirken von Politik, Verwaltung, Bildung, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Medien, Plattformen – und der gesamten Gesellschaft. Dabei müssen die spezifischen Bedarfe der Kommunalpolitikerinnen und -politiker stets mitgedacht und relevante Akteure entsprechend sensibilisiert werden. Diese Vielfalt der Herausforderungen muss sich in vielschichtigen, passgenauen Präventionsstrategien widerspiegeln.

KoMo hat sich in der ersten Projektphase – insbesondere durch die halbjährlich durchgeführten Befragungen – als verlässliche, agile und evidenzbasierte Wissensressource für Politik, Praxis und Wissenschaft bewährt. Die gewonnenen Daten bieten fundierte Entscheidungsgrundlagen und ermöglichen einen kontinuierlichen, hochaktuellen Einblick in eine dynamische Bedrohungslage. Daran anknüpfend wird KoMo in der zweiten Projektphase (2025–2028) im Rahmen des MOTRA-Forschungsverbunds zur zivilen Sicherheitsforschung fortgeführt – mit leichten Anpassungen im Studiendesign: Im Jahr 2025 wurde die bundesweite Befragung von kommunalpolitischen Amts- und Mandatstragenden in einem jährlichen Turnus, jeweils im Herbst, überführt. Zudem soll ein qualitatives Forschungsmodul die Erhebung ergänzen. Das qualitative Modul zielt darauf ab, Kontextwissen bereitzustellen, das die deskriptiven und statistischen Befunde der quantitativen Erhebungen ergänzt und ein tieferes Verständnis für die psychosozialen, familiären, politischen und strukturellen Dimensionen von Anfeindungserfahrungen ermöglicht. So können nicht nur Bedarfe zielgruppenspezifischer Präventions- und Interventionsmaßnahmen besser identifiziert, sondern auch bisher unsichtbare oder schwer quantifizierbare Problemlagen sichtbar gemacht werden.



Weitere Informationen zum
Kommunalen Monitoring und
den Ergebnissen.

Literatur

- Aboim, S. (2020). Gender in a box? the paradoxes of recognition beyond the gender binary. *Politics and Governance*, 8(3), 231–241. <https://doi.org/10.17645/pag.v8i3.2820>
- Adsera, A. (2003). Are You Being Served? Political Accountability and Quality of Government. *Journal of Law, Economics, and Organization* 19(2): 445–490.
- Blätte, A., Dinnebier, L. & Schmitz-Vardar, M. (2022). Vielfältige Repräsentation unter Druck: Anfeindungen und Aggressionen in der Kommunalpolitik. *Schriften zur Demokratie* 64. Verfügbar unter: https://www.boell.de/sites/default/files/2022-12/studie_vielfaeltige-repraesentation-unter-druck_anfeindungen-und-aggressionen-in-der-kommunalpolitik-.pdf (Zugriff: 03. April 2025).
- Bock, J. (2018). State failure, polarisation, and minority engagement in germany's refugee crisis. *International Journal of Politics Culture and Society*, 31(4), 375–396. <https://doi.org/10.1007/s10767-018-9288-8>
- Bundesministerium des Innern (2021). Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2020. Bundesweite Fallzahlen. Verfügbar unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2021/05/pmk-2020-bundesweite-fallzahlen.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (Zugriff: 03. April 2025).
- Bundesministerium des Innern & Bundeskriminalamt (2022). Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2021. Bundesweite Fallzahlen. Verfügbar unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2021/05/pmk-2020-bundesweite-fallzahlen.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (Zugriff: 03. April 2025).
- Dal Bó E., Dal Bó, P. & Di Tella, R. (2006). 'Plata O Plomo?': Bribe and Punishment in a Theory of Political Influence. *The American Political Science Review* 100(1): 41–53.
- Hoffmann, J., Meloy, J.R., Guldemann, A., et al. (2011). Attacks on German public figures, 1968–2004: Warning behaviors, potentially lethal and non-lethal acts, psychiatric status, and motivations. *Behavioral Sciences & the Law* 29(2): 155–179.
- Hooghe, M. & Okolikj, M. (2020). The long-term effects of the economic crisis on political trust in Europe: Is there a negativity bias in the relation between economic performance and political support? *Comparative European Politics* 18(6): 879–898.
- James, D.V., Farnham, F.R., Sukhwil, S., et al. (2016). Aggressive/intrusive behaviours, harassment and stalking of members of the United Kingdom parliament: a prevalence study and cross-national comparison. *The Journal of Forensic Psychiatry & Psychology* 27(2): 177–197.
- James, D.V., Mullen, P.E., Meloy, J.R., et al. (2007). The role of mental disorder in attacks on European politicians 1990–2004. *Acta Psychiatrica Scandinavica* 116(5): 334–344.
- Jenichen, A. (2020). Visible minority women in german politics: between discrimination and targeted recruitment. *German Politics*, 29(4), 545–563. <https://doi.org/10.1080/09644008.2020.1748601>
- Mullen, P.E., James, D.V., Meloy, J.R., et al. (2009). The fixated and the pursuit of public figures. *Journal of Forensic Psychiatry & Psychology* 20(1): 33–47.
- Reiser, M. (2014). The universe of group representation in germany: analysing formal and informal party rules and quotas in the process of candidate selection. *International Political Science Review*, 35(1), 55–66. <https://doi.org/10.1177/0192512113507732>
- Reynolds, A. (2013). Representation and rights: the impact of lgbt legislators in comparative perspective. *American Political Science Review*, 107(2), 259–274. <https://doi.org/10.1017/s0003055413000051>
- Schotel, A. & Mügge, L. (2024). Politics without presence? the symbolic representation of trans people in germany and the netherlands. *Politics & Gender*, 20(4), 788–813. <https://doi.org/10.1017/s1743923x24000308>
- Theobald, A. (2017). *Praxis Online-Marktforschung: Grundlagen – Anwendungsbereiche – Durchführung* (1. Aufl.). Springer Gabler. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-10203-6>
- Wüst, A. (2016). Incorporation beyond cleavages? parties, candidates and germany's immigrant-origin electorate. *German Politics*, 25(3), 414–432. <https://doi.org/10.1080/09644008.2016.1172066>

Impressum

MOTRA-Verbundpartner



Gefördert vom



Bundesministerium
für Forschung, Technologie
und Raumfahrt



Bundesministerium
des Innern



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Angaben gemäß § 5 TMG

Dr. Uwe Kemmesies
Äppelallee 45
65203 Wiesbaden

Vertreten durch

Dr. Uwe Kemmesies
E-Mail: motra@bka.bund.de

Verantwortlich für den Inhalt nach § 55 Abs. 2 RStV

Dr. Uwe Kemmesies
Äppelallee 45
65203 Wiesbaden

Redaktion

Isabelle Holz

Layout

Studio Halvar

Forschungskordinator (MOTRA-Verbund)

Dr. Uwe Kemmesies

Kontakt

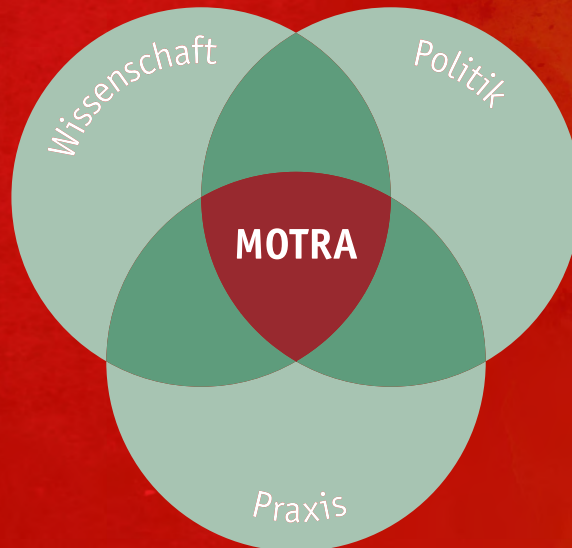
Fragen zu MOTRA allgemein: motra@bka.bund.de

Fragen zum Inhalt dieser Ausgabe an:

Kirsten Eberspach, Sarah Bitschnau: kommunalmonitor@bka.bund.de

MOTRA

Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung



Der MOTRA-Forschungsverbund vereint in einem Spitzenforschungscluster neun institutionelle Partner aus renommierten universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie unterschiedlichen wissenschaftlichen Fachdisziplinen. MOTRA sucht den kooperativen Dialog auf Augenhöhe mit weiteren wissenschaftlichen Forschungsverbünden und Netzwerkpartnern aus Praxis und Politik und verfolgt dabei zwei zentrale Zielstellungen:

1. Monitoring

Es soll durch MOTRA ein Monitoringsystem aufgebaut werden, mittels dessen das politisch und/oder religiös begründete Radikalisierungsgeschehen in Deutschland auf einer breiten Datenbasis fortlaufend beobachtet wird. Ziel ist es die Verbreitung, Entwicklungstrends sowie begünstigende Konstellationen für Extremismus und Radikalisierung besser erfassen zu können.

2. Wissenstransfer

Weiterhin verfolgt MOTRA den Aufbau und die Etablierung einer multifunktionalen Austauschplattform zur Gestaltung eines direkteren Wissenstransfers zwischen den Handlungsfeldern wissenschaftlicher Forschung, sozialer Praxis und Politikgestaltung.

✉ motra@bka.bund.de

🌐 www.motra.info

🦋 motra.bsky.social

🗨️ MOTRA-Transfer

in [motra-monitoringsystem-und-transferplattform-radikalisierung](https://motra-monitoringsystem-und-transferplattform-radikalisierung.de)